

EU-Nachrichten 07 2017

KURZ & KNAPP

Vertragsverletzungsverfahren **3**

EU-Kommission geht gegen neues Hochschulgesetz in Ungarn vor

IM FOKUS

EU-Austritt Großbritanniens **4**

EU-Chefunterhändler Barnier legt Verhandlungsrichtlinien vor

Europatag **6**

Bekanntnis zur europäischen Integration

HILFE FÜR GRIECHENLAND

Vorläufige Einigung auf weiteren Reformkurs

Die EU-Kommission, der Europäische Stabilitätsmechanismus, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds haben eine „vorläufige Vereinbarung mit den griechischen Behörden über ein Politikpaket zur Unterstützung der Erholung in Griechenland“ erreicht. Bei einer raschen Umsetzung durch Athen könnten die Euro-Finanzminister die Überprüfung des laufenden Reformprogramms bei ihrem Treffen am 22. Mai abschließen, erklärte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici. Dann wäre der Weg für die Auszahlung weiterer Hilfskredite frei.

In den kommenden Wochen müsse auch die Frage der Tragfähigkeit der griechischen Schulden geklärt werden. Nach einem „schwierigen Austeritätskapitel“ müsse nun „eine neue Geschichte von Stabilität, Arbeitsplätzen und Wachstum“ geschrieben werden, sagte Moscovici.

Maßnahmenpaket für Griechenland



Zu einer sozialeren EU gehört auch, dass mehr Väter Elternzeit nehmen und mehr Mütter ihre Karrieren fortsetzen können.

EU-KOMMISSION SKIZZIERT DEN WEG

Eine sozialere EU aufbauen

Eine der großen Stärken der Europäischen Union ist es, dass sie den Mitgliedstaaten die Chance gibt, gemeinsam ihre Interessen, ihren Lebensstandard und ihre sozialen Errungenschaften in einem härter werdenden globalen Wettbewerb zu verteidigen. Deshalb will die EU-Kommission die soziale Komponente der EU-Politik künftig stärken, wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt hatte.

> Umfangreiche Vorschläge dafür, wie das geschehen soll, hat die Kommission jetzt vorgelegt. „Wir wollen eine Angleichung der Verhältnisse, hin zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen“, betonte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen bei deren Präsentation.

Kurz darauf stellte Thyssen die Pläne im Europa-Ausschuss des Bundestags vor und diskutierte sie in Berlin mit Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wies sie darauf hin, dass in Deutschland die Standards für Soziales und Beschäftigung zwar hoch sind, im Hinblick auf die fortschreitende Di-

gitalisierung und Globalisierung aber diskutiert werden muss, wie diese Standards in Deutschland und in der EU gehalten werden können. Teil der Debatte zur sozialen Dimension Europas sei es, den Bürgern das Vertrauen zurückzugeben, dass die EU eine gute Lebensqualität und Sozialstandards auch für künftige Generationen sichern kann, sagte sie. „Viele Menschen fürchten, Verlierer der Globalisierung zu werden, jetzt geht es darum, Vertrauen herzustellen, dass wir uns auf die neuen Zeiten einstellen“, so Thyssen. Ein Kernelement der Vorschläge sind Empfehlungen für 20 „zentrale Grundsätze“ zur Stärkung der sozialen Dimension der EU. >>

BESSERE WORK-LIFE-BALANCE

Elemente des Richtlinienvorschlags für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben

Anspruch auf 10 Arbeitstage Urlaub für Väter nach Geburt eines Kindes.

Rechtsanspruch auf (nicht übertragbare) Elternzeit von mindestens jeweils 4 Monaten für Väter und Mütter.



Anspruch der Eltern, in den ersten 12 Lebensjahren eines Kindes flexible Arbeitszeiten zu vereinbaren.

Anspruch auf fünf freie Tage pro Jahr zur Pflege kranker Kinder, Lebenspartner oder Eltern.

Quelle: EU-Kommission
Bilder: Shutterstock

Männer diese öfter nutzen. Bisher tun sie das laut Kommission selten und übertragen einen Großteil ihres Anspruchs auf die Frauen, weil sie häufig mehr verdienen. Das mache wiederum den Frauen nach langen Arbeitspausen die Fortsetzung ihrer Karriere noch schwerer.

Lebensformen selbst bestimmen

„Unsere Töchter und Söhne sollten nicht in die Rollenmuster unserer Großeltern gezwängt werden“, erklärte der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Es gebe nicht die eine „richtige“ Lösung. „Es geht darum, die Wahl zu haben, und es ist höchste Zeit, dass wir allen Menschen die Möglichkeit geben, wirklich darüber zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten, ihre Kinder aufziehen, ihre berufliche Entwicklung betreiben, ihre Angehörigen pflegen, ihr Leben leben wollen“, so Timmermans.

Weiterhin startete die Kommission zwei Konsultationen. Eine bezieht sich auf die bis Jahresende geplante Überarbeitung einer Richtlinie, die das Recht auf schriftliche Arbeitsverträge festschreibt. Eine andere auf den Zugang zu sozialem Schutz etwa durch Kranken- und Arbeitslosenversicherungen. In beiden Fällen geht es darum, welche neuen Regeln eventuell wegen zunehmend „untypischer“ Arbeitsformen nötig werden – etwa bei Teilzeitarbeit, über das Internet vermittelter Arbeit oder „Arbeit auf Abruf“. In einem weiteren Papier gibt die Kommission im Lichte zahlreicher Gerichtsurteile Hinweise, wie die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu interpretieren ist, etwa im Hinblick auf die Übertragung von Urlaubsansprüchen. (frh) >

▮ *Bürgerdialog Soziales Europa*

Verschenkte Chancen

Laut EU-Kommission verfügen immer mehr Frauen über hohe Qualifikationen, und sie stellen 65 Prozent der Hochschulabsolventen in der EU. Ihre Beschäftigungsrate liege allerdings um 11,6 Prozentpunkte unter der von Männern, bei Familien mit jungen Kindern sogar noch niedriger, und in einigen Mitgliedstaaten gebe es einen Unterschied von über 30 Prozentpunkten. Das führe dazu, dass Frauen im Durchschnitt 16,3 Prozent weniger verdienen als Männer und 40 Prozent geringere Renten- und Pensionsansprüche haben. Außerdem entgingen der EU-Wirtschaft jährlich rund 370 Mrd. Euro an Wertschöpfung.

>> Es handelt sich teils um Abwandlungen bereits auf EU-Ebene, international oder in den Mitgliedstaaten bestehender Grundsätze. Sie sind in drei Kategorien gruppiert: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Die Palette reicht vom Anspruch auf Mindestlohn bis Anspruch auf Gesundheitsversorgung.

Ziel ist es, das in den EU-Verträgen verankerte Versprechen einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, einzulösen. Denn die EU ist nicht nur ein freier Markt, sondern auch eine Kraft, die die soziale Marktwirtschaft zukunftsfest macht. Die Kommission strebt an, bis Jahresende die sozialen Grundsätze in einer gemeinsamen Erklärung mit möglichst allen Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament zu proklamieren.

Die Hauptkompetenz für Sozialpolitik bleibt auch künftig bei Mitgliedstaaten, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft. Die Kommission will daher einen engen Dialog mit allen nationalen Akteuren führen, auch im Rahmen des „Europäischen Se-

mesters“ zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Tendenzen und Leistungen der EU-Länder sollen künftig in zwölf sozialpolitischen Bereichen in einem „Scoreboard“ erfasst werden, um die Fortschritte der gesamten EU in Richtung des angestrebten sozialen „AAA-Ratings“ zu bewerten. Zur weiteren Debatte darüber, wie die soziale Dimension der EU bis 2025 aussehen soll, legte die Kommission ein Diskussionspapier vor, das auch verschiedene Szenarien beschreibt.

Sie präsentierte auch einen konkreten Richtlinienvorschlag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, durch den Karrierechancen von Frauen erhöht werden sollen (siehe Grafik). EU-Justizkommissarin Věra Jourová räumte ein, dass dadurch Kosten entstünden. „Langfristig werden aber auch Unternehmen von diesen Vorschlägen profitieren“, sagte sie. Viele Unternehmer sagten ihr immer wieder, dass sie händierend talentierte Fachkräfte suchen. Eine bessere Work-Life-Balance sei „Teil der Lösung“ dieses Problems, so Jourová. Der Vorschlag einer persönlichen Elternzeit von je 4 Monaten – zu nehmen in den ersten 12 Lebensjahren des Kindes – soll dazu führen, dass

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN

EU-Kommission geht gegen Ungarns Hochschulgesetz vor

Die EU-Kommission geht gegen das neue Hochschulgesetz in Ungarn mit einem Vertragsverletzungsverfahren vor. Das Anfang April in Kraft getretene Gesetz verstoße gegen die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, das Recht auf akademische Freiheit, das Recht auf Bildung, die in der EU-Grundrechtecharta verankerte Freiheit des Unternehmertums sowie die EU-Verpflichtungen im internationalen Handel, so die Begründung. Das Gesetz sei ein „Angriff auf ein freies Europa“, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans in einer Ungarn-Debatte im Europäischen Parlament, an der auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán teilnahm.

Das umstrittene Gesetz zielt auf Universitäten ab, die aus dem Ausland gefördert werden. Ziel des Gesetzes ist es Kritikern zufolge, dass die von

dem aus Ungarn stammenden US-Investor George Soros 1991 gegründete Central European University (CEU, Foto) schließen muss. Im Hinblick auf anhaltende Bedenken zur Asylpolitik sowie den Gesetzentwurf über die Auslandsfinanzierung von Nichtregierungsorganisationen setzt die Kommission weiter auf den Dialog mit Ungarn. In einer Stellungnahme zur „Stopp Brüssel!“-Bürgerbefragung der ungarischen Regierung stellte die Kommission außerdem die von Budapest verbreiteten Beschuldigungen und falschen Tatsachenbehauptungen richtig.

■ [Rechtliche Schritte gegen Ungarn](#)



GASVERSORGUNG IN KRISENZEITEN

EU-Staaten müssen sich künftig gegenseitig helfen

Wenn es in einem EU-Staat künftig zu einer ernsthaften Unterbrechung der Gasversorgung kommt, kann dieser bei bestimmten EU-Partnern eine Notfallversorgung von Privathaushalten, Fernwärmeeinrichtungen und grundlegenden sozialen Dienstleistern einfordern. Unterhändler von EU-Ministerrat und Europäischem Parlament einigten sich auf eine entsprechende Änderung der Gasversorgungsverordnung.

Der Hilferuf an die EU-Partner muss das „letzte Mittel“ zur Abwendung einer schweren Versorgungskrise sein, heißt es in dem Kompromisstext, der nun noch grünes Licht von den Mitgliedstaaten und dem Plenum des Europaparlaments braucht. Um zu vermeiden, dass tatsächlich Gas von Nachbarn angefordert werden muss, gibt es die Verpflichtung, die Nachfrage durch eine Steigerung der Energieeffizienz zu drosseln. Außerdem müssen alle Staaten Vorsorge- und Notfallpläne ausarbeiten. Wichtige Gaslieferverträge müssen bestimmten nationalen Behörden und auf Anforderung auch der EU-Kommission offen gelegt werden. „Die neue Verordnung schafft die Voraussetzungen für eine besser koordinierte Krisenprävention und -bewältigung, da sie EU-weite Normen mit regionaler Zusammenarbeit und Solidarität kombiniert“, sagte EU-Energiekommissar Miguel Arias Cañete.

■ [Neue Regeln für Gasversorgung](#)

SCHENGEN-RAUM

Grenzkontrollen nur noch bis November empfohlen

Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen sollen ihre – eigentlich nur in Ausnahmefällen erlaubten – systematischen Kontrollen an Grenzen innerhalb des Schengen-Raums noch bis November fortsetzen dürfen. Die EU-Kommission hat den EU-Staaten vorgeschlagen, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, weil sich in Griechenland und entlang der Westbalkanroute immer noch eine große Zahl Asylbewerber und Migranten aufhielten, die eventuell Schengen-Grenzen ohne Erlaubnis überqueren könnten. „Wir empfehlen, die vorübergehenden Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums ein letztes Mal zu verlängern, und fordern die Mitgliedstaaten auf, diese schrittweise aufzuheben und gleichzeitig durch verhältnismäßige Polizeikontrollen in ihrem Hoheitsgebiet zu ersetzen“, sagte der für Migration und Inneres zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos.

Denkbar sind etwa verstärkte Polizeikontrollen auf Autobahnen oder anderen viel befahrenen Straßen, die automatische Erfassung von Kfz-Kennzeichen oder Personenkontrollen in Zügen. Dabei sollen die Mitgliedstaaten so viel wie möglich zusammenarbeiten. Die Kommission ist der Meinung, dass solche Polizeikontrollen teils wirksamer sein können als Grenzkontrollen, weil sie flexibler gestaltet werden können und sich der Lage anpassen lassen.

■ [Zurück zu Schengen](#)

VISUMSPFLICHT FÜR EU-BÜRGER IN USA

EU-Kommission setzt weiter auf Diplomatie

Bürger aus den USA und Kanada sollen weiter ohne Visum in die EU einreisen können, auch wenn in der Gegenrichtung von EU-Bürgern einiger Länder noch ein Visum verlangt wird. Die EU-Kommission will einer nicht-rechtsverbindlichen Aufforderung des Europäischen Parlaments nicht folgen, die Visa-Freiheit für Kanadier und US-Bürger auszusetzen. Dies sei kontraproduktiv für die laufenden Verhandlungen über eine Gleichbehandlung aller EU-Bürger. „Der Dialog mit unseren strategischen Partnern ist der richtige Ansatz, und wir sind auf einem guten Weg“, sagte der für Inneres, Bürgerschaft und Migration zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos.

Kanada habe die Visumspflicht für etliche Bürger Rumäniens und Bulgariens zum 1. Mai aufgehoben und strebe bis 1. Dezember eine vollständige Abschaffung an. Die USA verlangen derzeit noch Visa von Staatsangehörigen Bulgariens, Rumäniens, Polens, Kroatiens und Zyperns. Washington hat laut Kommission bekräftigt, die Visapflicht aufzuheben, sobald diese EU-Bürger die in den USA geltenden gesetzlichen Anforderungen erfüllen. Die Arbeiten dafür sollen beschleunigt werden. Bis Juni wollen sich US-Regierung, Kommission und die fünf betroffenen EU-Staaten einigen, wie sie dabei weiter vorgehen wollen.

■ [Kommission setzt auf Gegenseitigkeit](#)

Verhandlungen sollen fair und lösungsorientiert sein



EU-Chefunterhändler Barnier präsentierte einen Vorschlag für Richtlinien für die Brexit-Verhandlungen.

> „Mit unserer heutigen Empfehlung schaffen wir unsererseits die erforderlichen Voraussetzungen für einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union“, sagte Barnier. „Dies liegt im Interesse aller Seiten. Sobald das Vereinigte Königreich bereit ist, werden wir die Verhandlungen in konstruktivem Geist beginnen.“ Barnier drängte dabei zur Eile, da die Zeit knapp sei. Es wird erwartet, dass ernsthafte Gespräche erst beginnen können, wenn die Briten am 8. Juni ein neues Parlament gewählt haben.

„Dies werden ganz besondere Verhandlungen“, sagte Barnier. Um in der knappen Zeit alles ordentlich hinzubekommen, schlägt die EU eine klare Gliederung der Verhandlungen vor. In einer ersten Phase will sie zunächst eine grundsätzliche Einigung über für sie prioritäre Fragen erzielen, ehe Gespräche über die künftigen Beziehungen mit Großbritannien aufgenommen werden können.

Klare Vorstellungen über Fahrplan

Dabei geht es um Forderungen der EU, die Personenfreizügigkeit und Haushaltsverpflichtungen betreffen. Unter anderem will die EU erreichen, dass die rund 3,2 Millionen im Vereinigten Königreich lebenden EU-Bürger – darunter mindestens 100.000 Deutsche – und die etwa 1,2 Millionen Briten in der EU „weiter so leben können, wie sie es heute tun und zwar bis an ihr Lebensende“, wie Barnier sagte. Das soll auch für Personen gelten, die sich bis zum Aus-

tritt der Briten jenseits des Kanals ansiedeln. Auch sie sollen uneingeschränkter Zugang zum jeweiligen Arbeitsmarkt sowie zu Bildungs- und Sozialsystemen erhalten.

Zweites heißes Eisen ist die Forderung der EU, dass die Briten sämtliche während ihrer EU-Mitgliedschaft eingegangenen finanziellen Verpflichtungen erfüllen müssen. Dabei handelt es sich unter anderem um Zahlungszusagen für die mittelfristige EU-Haushaltsplanung für den Zeitraum bis 2020, Garantien für die Europäische Investitionsbank, Finanzhilfe für die Ukraine oder Zahlungen im Rahmen des Flüchtlingsdeals mit der Türkei. Es handle sich nicht um eine Bestrafung oder „Austrittssteuer“, sagte Barnier, aber die Rechnungen müssten beglichen werden, „nicht mehr und nicht weniger“. Konkrete Zahlen wollte der Franzose nicht nennen. Die EU strebe an, sich gemeinsam mit den Briten auf eine Methode zur Berechnung dieser Verpflichtungen zu einigen.

Die Durchsetzung des Austrittsabkommens soll nach Kommissionsansicht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterliegen. Dessen Urteilen wollten britische Brexit-Befürworter ein für allemal entgehen. Weitere Fragen, die die EU zunächst grundsätzlich klären will, betreffen unter anderem das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die Marktüberwachung im Binnenmarkt sowie den Status von Nordirland und dessen Grenzregelung zur Republik Irland.

Mit kühlem Kopf, lösungsorientiert und stets transparent will die EU-Kommission die Verhandlungen mit der britischen Regierung über den EU-Austritt des Vereinigten Königreiches führen. Das betonte EU-Chefunterhändler Michel Barnier bei der Präsentation der von der Kommission ausgearbeiteten Verhandlungsrichtlinien. Diese stützen sich auf die von 27 EU-Staats- und Regierungschefs einstimmig beschlossenen politischen Leitlinien. Es wird erwartet, dass die EU-Staaten Barnier am 22. Mai auf Basis der Kommissionsempfehlung das Verhandlungsmandat erteilen. Dann ist die EU bereit, die auf zwei Jahre angelegten Gespräche zu beginnen.

Einheitliche Haltung der 27

Die Verhandlungsrichtlinien betreffen nur diese erste Phase der Brexit-Verhandlungen. Sobald die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten ausreichende Fortschritte feststellen, soll mit der zweiten Phase begonnen werden, in der ein Rahmen für die künftigen Beziehungen abgesteckt werden soll. Alles das wollen die EU-Staaten gemeinsam tun, Verhandlungen einzelner Staaten soll es nicht geben. Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die Einigkeit der 27 im Umgang mit dem Brexit bisher „vorbildhaft“. Die EU werde ihre Interessen genauso vertreten wie Großbritannien, die Verhandlungen würden aber in „Freundschaft“ und „Fairness“ geführt, betonte die Kanzlerin (ste/frh) >

Nächster Schritt im Brexit-Verfahren

Handelsbeziehungen neu regeln

Ohne Zollunion oder Freihandelsabkommen würden im Handel mit Großbritannien künftig Zölle fällig, wie im Handel mit anderen WTO-Staaten. Die EU erhebt aktuell zum Beispiel 10 Prozent Zoll auf den Import von PKW, 7,5 Prozent auf Rohre aus Aluminium oder 25,6 Prozent auf Ananas. Die Zusatzkosten für britische Exporteure werden auf jährlich mehrere Milliarden Pfund geschätzt. Aber auch deutsche Exporteure würden neue Zollbelastungen empfindlich treffen.

Mehr Wohlstand und Sicherheit für beide Seiten angestrebt

Die EU will intensiver und umfangreicher mit den Staaten Afrikas zusammenarbeiten, zum Nutzen beider Seiten. Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außenpolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission, legte jetzt ein Strategiepapier für die Weiterentwicklung der Partnerschaft mit Afrika vor. „Nur mit vereinten Kräften und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit können wir unserer Jugend eine hoffnungsvollere und friedlichere Zukunft bieten“, sagte sie. Ein Schwerpunkt der Pläne liegt auf der Schaffung neuer Jobs, besonders für junge Menschen.



Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramme sollen die Berufschancen vieler Menschen in Afrika verbessern.

> Die vorgeschlagenen politischen Prioritäten entsprechen der „Agenda 2063“, die sich die afrikanischen Staaten selbst vorgenommen haben. „Heute geht es weniger darum, was wir für Afrika leisten können, sondern vor allem darum, was wir **gemeinsam** mit Afrika leisten können“, so Mogherini. Drei Hauptziele sollen erreicht werden:

- > Ein stärkeres gegenseitiges Engagement und engere Zusammenarbeit, sowohl bilateral als auch auf der Weltbühne.
- > Mehr Sicherheit an Land und auf See, auf beiden Seiten des Mittelmeeres, und die Eindämmung grenzüberschreitender Bedrohungen.
- > Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika, um die Arbeitsplätze zu schaffen, die der Kontinent braucht.

„Unsere Schwerpunkte sind dabei die Förderung des Wachstums und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen“, sagte der für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständige EU-Kommissar Neven Mimica. „Mehr denn je kommt es darauf an, dass die Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeers die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Afrika als Realität wahrnehmen, die mehr ist als nur Worte“.

Deshalb enthält das Strategiepapier eine ganze Reihe konkreter Vorschläge, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen könnten. Die EU bietet etwa eine engere Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und in der Agrarindustrie sowie bei der wirtschaftlichen Nutzung von

Meer, Seen und Flüssen an. Auch bei der Erschließung erneuerbarer Energiequellen wird ein größeres gemeinschaftliches Engagement angestrebt. Wie sich die Chancen der Digitalisierung für die Entwicklung der Wirtschaft in Afrika nutzen ließen, beschreibt die Kommission in ihrem ebenfalls vorgelegten Konzept „Digital4Development“.

„Erasmus+“ ausweiten

Die EU will sich auch für mehr Investitionen in den Partnerländern einsetzen. Als ein Werkzeug dafür sieht sie kürzlich vorgeschlagene „Investitionsoffensive für Drittländer“ an. Sie ist nach dem Vorbild des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) gestaltet und soll helfen, bis zu 44 Mrd. Euro private Investitionen in Afrika zu mobilisieren. Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, ein Finanzinstrument für die Jugend Afrikas einzurichten, mit dem eine Ausweitung des erfolgreichen Austausch- und Bildungsprogramms „Erasmus+“ auf die Partnerländer ermöglicht oder digitale Innovationen in Afrika unterstützt werden könnten.

Afrika-Gipfel

Das Strategiepapier der EU soll auch einen Beitrag zur Vorbereitung des nächsten EU-Afrika-Gipfeltreffens leisten. Dieser ist für Ende November in Abidjan (Elfenbeinküste) geplant. Beim fünften Gipfeltreffen dieser Art soll die EU-Afrika-Partnerschaft weiterentwickelt werden. Zu den Schwerpunktthemen wird die Situation junger Menschen gehören.

Ein weiterer Schwerpunkt der Strategie ist die Stabilisierung der Staaten und Gesellschaften, damit die Menschen in Afrika bessere Zukunftsperspektiven in ihrer Heimat bekommen. Die EU will sich etwa für Programme engagieren, mit denen Konflikte verhindert oder bewältigt werden sollen. Die EU ist für die afrikanischen Staaten Haupthandelspartner und wichtigster ausländischer Investor. Ein erleichterter Zugang zum EU-Markt wird über etliche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Freihandelsabkommen und die Initiative „Alles außer Waffen“ geregelt. Wichtig für die afrikanischen Staaten sind auch Überweisungen ihrer Bürgerinnen und Bürger, die in der EU leben und arbeiten. An Entwicklungshilfe hat die gesamte EU 2015 gut 21 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Marshallplan mit Afrika

Deutschland arbeitet im Rahmen der EU an einem neuen Afrikakonzept mit, treibt das Thema aber auch im Rahmen der aktuellen deutschen G20-Präsidentschaft und durch einen „Marshallplan mit Afrika“ voran, der derzeit vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erarbeitet wird. Eckpunkte des Plans hat das BMZ Anfang des Jahres zur öffentlichen Diskussion gestellt und hunderte Kommentare erhalten. Als Ziel der Kooperation mit Afrika nennt das Ministerium etwa, dort die Zeit von „Geber und Nehmer“ abzulösen durch eine Zusammenarbeit, die die Potenziale der afrikanischen Menschen zur Entfaltung bringt. (frh) >

■ *Partnerschaft mit Afrika*

In Berlin soll Europa leuchten



Wie zum 60. Jubiläum der Römischen Verträge wollen auch zum Europatag viele Menschen wieder öffentlich ihre Verbundenheit mit den Werten und Zielen der EU demonstrieren.

> „Jeder Einzelne von uns ist ein Teil der EU. Wir alle gemeinsam sind Europa in Vielfalt geeint. Der 9. Mai macht Europa für uns erlebbar und lässt uns darauf besinnen, dass das vereinte Europa immer noch die größte und beste politische Idee des 20. Jahrhunderts ist. Und auch für die Gestaltung unserer Zukunft bleibt die Union unverzichtbar“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der Kommission in Deutschland.

Die Vertretung der EU-Kommission und das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland wollen am 9. Mai in **Berlin** gemeinsam mit der Schwarzkopf Stiftung, der Al-

Europäische Jugendwoche

Parallel zur Europawoche findet vom 1. bis 7. Mai in 33 europäischen Ländern die Europäische Jugendwoche statt. Unter dem Motto „Shape it, move it, be it“ sollen junge Menschen ermutigt werden, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Bei zahlreichen Veranstaltungen werden etwa die Möglichkeiten vorgestellt, die das EU-Programm „Erasmus+“ bietet. In Deutschland organisieren Eurodesk und „Jugend für Europa“ Aktivitäten. So wird etwa in **Nürnberg** zur Europäischen Jugendwoche eine Eurodesk-Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte eröffnet. Eine Übersicht über die Veranstaltungen gibt es hier:

<https://www.rausvonzuhause.de/info-veranstaltungen>.

lianzen Kulturstiftung, den Initiativen „Protect the European Union“ und „Face the Euro“ sowie der Komischen Oper Berlin Europa „zum Leuchten bringen“. Am Abend des Europatags soll zum ersten Mal ein aus 33 Neonröhren geformter Schriftzug „Europa“ am Bühnenturm der Komischen Oper eingeschaltet werden, gut sichtbar von der zentralen Allee „Unter den Linden“. Bis Ende Oktober soll die Lichtinstallation für Europa werben.

Die Einweihung an der Komischen Oper wird mit einer Vernissage gefeiert. Erwartet werden dazu etwa die Teilnehmer des von „Pulse of Europe“ veranstalteten „March for Europe“, die dort zu Veranstaltungsbeginn eintreffen wollen. Der Künstler Wolfgang Tillmans wird eine pro-europäische Plakatkampagne unter dem Titel „Protect the European Union“ vorstellen, und bei „Face the Euro“ können Besucher ihr Porträt auf einen 5-Euro-Schein drucken und die individualisierte Banknote mitnehmen oder einer Installation hinzufügen. An einer Diskussionsrunde über Europa werden Richard Kühnel, die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann (SPD) und der Berliner Senator für Kultur und Europa, Klaus Lederer, teilnehmen.

Sonderaktionen bei „Erlebnis Europa“

Etliche Sonderaktionen bietet auch die Dauerausstellung „Erlebnis Europa“ im Europäischen Haus in diesen Tagen an. Am 7. Mai gibt es die Chance, an zwei Rollenspielen teilzunehmen und etwa in die Haut von Europaabgeordneten bei einer Debatte zu schlüpfen. Am 13. Mai feiert

Die Europawoche rund um den Europatag am 9. Mai wollen viele Organisationen in diesem Jahr zu einem Bekenntnis zur europäischen Integration und zur Bewahrung der Errungenschaften der EU nutzen. Angesichts vielfältiger Krisen und Herausforderungen, wichtiger Wahlen und nationalistischer Tendenzen in den Mitgliedstaaten haben viele Pro-Europäer das Gefühl, dass sie die Straße nicht den Pessimisten überlassen dürfen, dass es wichtig ist, gerade jetzt zusammenzuhalten und öffentlich zu zeigen, dass eine Mehrheit sich weiter mit gemeinsamen europäischen Werten und Zielen identifiziert.

„Erlebnis Europa“ sein einjähriges Bestehen mit kleinen Überraschungen für die Besucher. Diese können bei der Gelegenheit auch abstimmen, welches der fünf von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für die Zukunft der EU entworfenen Szenarien sie favorisieren würden.

In **Bonn** wird der Europatag schon am 6. Mai gefeiert, rund um das Alte Rathaus und auf dem Marktplatz. Auf der Kletterpyramide der Bonner Regionalvertretung der EU-Kommission kann man über die Mitgliedstaaten hinwegklettern. **Hamburg** bietet rund 100 Veranstaltungen zur Europawoche an – laut Senat ein neuer Rekord. Einen Schwerpunkt bilden Vorträge, Filme und Podiumsdiskussionen, hinzu kommt ein Kulturprogramm. Zum Abschluss am 16. Mai bieten die konsularischen Vertretungen in Hamburg bei der „Langen Nacht der Konsulate“ die Chance, deren Arbeit und die jeweiligen Länder kennenzulernen.

In **München** wird der Europatag am 5. Mai auf dem Marienplatz gefeiert, in **Stuttgart** am 12. Mai auf dem Schlossplatz. Geboten werden Spiele, Kultur und viele Informationen. Die Bandbreite zur Europawoche reicht vom Europa-Frühstücken (am 6. Mai in **Wiesbaden**) bis zu spezifischen Diskussionsveranstaltungen wie „Starke Regionen in Europa: Was heißt das für Baden-Württemberg“ (am 11. Mai in **Tübingen**). Das ist nur eine Auswahl aus einer Fülle von Veranstaltungen. Mehr Termine gibt es auf der folgenden Webseite. (frh) >

■ *Europatermine*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 08.05.2017 12.30–14.00 Uhr	„Perspektiven der europäischen Integration: Konflikt und Konsens zwischen den EU-27“ IEP-Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/anmeldung_mig_silberberg/
> 09.05.2017 09.30–11.30 Uhr	„Europa - Quo Vadis?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Elisabeth-Langgässer-Gymnasium Alzey	Elisabeth-Langgässer-Gymnasium Frankenstraße 17 55232 Alzey	www.elg-alzey.de/
> 09.05.2017 11.00–13.00 Uhr	„Die Europäische Union gestern, heute und morgen – Wie erhalten wir das Erreichte?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Parlament	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europarl.de/de/aktuell/60-jahre-r%C3%B6mische-vertr%C3%A4ge
> 09.05.2017 15.30–17.00 Uhr	„EBD Staatsminister im Dialog“ Michael Roth MdB zum Weißbuch zur Zukunft Europas Veranstalter: Netzwerk EBD	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://netzwerk-ebd.us8.list-manage.com/subscribe?u=af5795b74634b16dfcfc8d47&id=d442901eda
> 09.05.2017 16.30 Uhr	„Die Europäische Union in Zeiten der Globalisierung“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Senat der Freien und Hansestadt Hamburg	Rathaus Hamburg Rathausmarkt 1 20095 Hamburg	www.hamburg.de/europa-woche/
> 09.05.2017 19.00–21.00 Uhr	„Migration in Europa“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Gemeindesaal der Evangelischen Kirchengemeinde Zeitz Rahnestraße 1 06712 Zeitz	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/72551/
> 11.05.2017 19.30 Uhr	„Nach der Entscheidung in Frankreich“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/entscheidung_in_frankreich-events-registration_de
> 13.05.2017 10.00–18.00 Uhr	„ERLEBNIS EUROPA hat Geburtstag!“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Parlament	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://erlebnis-europa.eu/
> 15.05.2017 19.00–21.00 Uhr	„Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa – Nutzen Terroristen die Not der Flüchtlinge für ihre Ziele?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Foyer der Stadthalle Möckern Lochower Weg 3 39291 Möckern	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/71901/
> 17.05.2017 18.00 Uhr	„Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten: Notwendiges Instrument zur Fortführung des europäischen Projekts?“ Konferenz Veranstalter: Botschafter der Französischen Republik, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Französische Botschaft Wilhelmstraße 69 10117 Berlin	https://de.ambafrance.org/europaforum Login: Dialog Passwort: Monnet
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de			

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

UMGANG MIT FLÜCHTLINGEN

Infomobil des Kolping-Netzwerks kommt nach Bonn

Die Integration der Menschen, die vor Krieg und Gefahren zu uns geflüchtet sind, ist eine Aufgabe, die viele Menschen in Deutschland beschäftigt. Das Kolping-Netzwerk für Geflüchtete hat ein Infomobil auf die Straße geschickt, das an verschiedenen Orten Beispiele aus der Arbeit mit Flüchtlingen vorstellt und von gelungener Integration erzählt. Durch Spiel- und Mitmachaktionen, Texttafeln und multimediale Elemente sollen auch Hintergrundinformationen über Flucht, Migration und Eingliederung vermittelt werden. Am 10. Mai steht das Infomobil, das sich an Besucher aller Altersgruppen wendet, von 11:30 bis 19:00 Uhr auf dem Friedensplatz in Bonn.

Am Nachmittag desselben Tages wird in der Regionalvertretung der EU-Kommission in Bonn ein dreistündiger kostenloser Workshop zum Thema Fluchtursachen, europäische Initiativen und Umgang mit Vorbehalten angeboten.

■ *Roadshow zum Thema Integration von Flüchtlingen*

„ACTIVE CAMPUS EUROPE“

„Erasmus+“ fördert Gesundheitssport an Hochschulen

Studierende und Mitarbeiter an Hochschulen in der EU sollen fit und gesund bleiben, indem sie sich mehr bewegen. Ziel des durch das EU-Programm „Erasmus+“ geförderten Projekts „Active Campus Europe“ ist es, Menschen, die mit Sport nichts am Hut haben, für Gesundheitssport an der Hochschule zu motivieren. Programme, mit denen das gelingen kann, werden an verschiedenen Universitäten in der EU erprobt. 16 Hochschulen aus sieben Ländern wollen nun in diesem und im nächsten Jahr ihre Erfahrungen austauschen, neue Ideen entwickeln und im Rahmen von „Active Campus Europe“ ein Handbuch entwickeln, das anderen Unis ähnliche Projekte erleichtern soll.



Federführend ist das Hochschulsportzentrum der RWTH Aachen. Die Aachener sind auf dem Gebiet bereits seit mehreren Jahren aktiv und haben unter anderem ein Konzept für das Bewegungsangebot am Arbeitsplatz „Pausenexpress“ entwickelt. Auch die Universitäten Bochum, Bonn, Münster und Wuppertal nehmen laut RWTH an dem Projekt teil.

■ *Europäisches Gesundheitsprojekt*

ESSENSANGEBOT IN SCHULEN

Ratgeber für Einkauf und Zubereitung veröffentlicht

Die für das Essen in den Schulen der EU-Staaten Verantwortlichen können sich jetzt in einem EU-Bericht Tipps holen, wie die Qualität von Schulessen gesteigert werden könnte. Vorgelegt wurde dieser von der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission und der amtierenden maltesischen EU-Ratspräsidentschaft. „Gesundes Essen ist grundlegend wichtig für das Wohlergehen und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, und Schulen sind ein hervorragender Ort, um die Entscheidung für gesunde Nahrungsmittel zur naheliegendsten Entscheidung zu machen“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis.

In dem Bericht werden klare Kriterien für gesunde Lebensmittel genannt und Hinweise zu deren Einkauf und Zubereitung gegeben. Außerdem geht es allgemein um Anforderungen, die von Catering-Diensten in Schulen erfüllt werden sollten. Behandelt werden Schlüsselgruppen von Nahrungsmitteln wie Obst und Gemüse, Fleisch, Milchprodukte, Kuchen und Süßigkeiten, außerdem Nährstoffe wie Salz, gesättigte Fette, Kohlenhydrate, Zucker sowie Spurenelemente wie Eisen, Kalzium und Vitamin C.

■ *EU-Bericht zur Qualität des Schulessens*

**24.000 FÄLLE IM ERSTEN JAHR
Streitbeilegungs-Plattform
bringt Erfolge**

Über 24.000 Beschwerden haben EU-Verbraucher bei der im Februar 2016 eingerichteten Online-Streitbeilegungs-Plattform eingereicht. Ein Drittel davon betraf grenzüberschreitende Käufe in der EU und am häufigsten ging es um Bekleidung und Schuhe, Flugtickets und Waren der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Plattform soll Kunden helfen, ihre EU-Verbraucherrechte schneller und billiger durchzusetzen als vor Gericht. Sie übermittelte zum Beispiel die Beschwerde eines Italieners über ein defektes IT-Produkt, das er bei einem Online-Händler in Belgien gekauft hatte, an die zuständige Streitbeilegungsstelle in Belgien. Das Ergebnis war, dass der Kunde eine Rückerstattung erhielt.

„Wir stellen außerdem fest, dass die simple Tatsache, dass ein Verbraucher die Plattform nutzt, für die Unternehmer oft Anreiz genug ist, die Streitigkeit beizulegen“, sagte EU-Justiz- und Verbraucherschutzkommissarin Věra Jourová. Sie rief Unternehmen auf, die Plattform stärker zu nutzen. „Insbesondere für Online-Unternehmer ist es wichtig, dass potenzielle Kunden sie für zuverlässig halten“, so Jourová.

■ *Online-Streitbeilegung*